

Worben, 9. September 2014

Parolenfassung der SD-Geschäftsleitung (Kantonalverband Bern) vom 09. September 2014 für die Volksabstimmungen vom 28. September 2014:

Ja zur Volksinitiative „Schluss mit der MwSt.-Diskriminierung des Gastgewerbes!“

Die Initiative fordert für das Gastgewerbe mit Direktverzehr vor Ort eine Reduktion des Mehrwertsteuersatzes von 8% auf 2,5%. Der Detailhandel oder Imbissstände mit Mitnahmemöglichkeit („Take away“) profitieren bereits heute von einem tieferen Satz, wobei Alkohol und Raucherwaren weiterhin voll besteuert werden sollen. Vor allem diese „Take away“-Gaststätten verursachen jedoch mit der Verwendung von Wegwerfgeschirr ein Mehrfaches an Abfall. Danach wird der Steuerzahler selbst für die Reinigung des öffentlichen Raums zur Kasse gebeten. Zudem entstehen zugunsten bestimmter Imbissbuden wie beispielsweise Kebapstände entscheidende Marktvorteile, welche eine Verdrängung traditioneller Gasthöfe mit einheimischer Küche zur Folge haben. Die entsprechenden Einnahmeausfälle sind mittels Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes bei „Take away“-Betrieben zu kompensieren. Für die Schweizer Demokraten (SD) hat diese Vorlage den Charakter von punktueller und nachhaltiger Wirtschaftsförderung, zumal gerade in ländlichen strukturschwachen Regionen Arbeitsplätze erhalten werden können und dank der finanziellen Entlastung angemessene Mindestlöhne möglich sind. Deshalb haben die SD zur Vorlage einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“

Die zahlreichen Anbieter müssten in einer Kasse vereinheitlicht werden. Es erscheint wenig realistisch, dass dieser Systemwechsel in der Praxis ohne massiven Stellenabbau zu realisieren ist. Man könnte die Leistungen bei einem einzigen Versicherer nicht mehr ohne Prämienhöhung erweitern, sodass neue medizinische Erkenntnisse (unter anderem Komplementärmedizin) teilweise nur noch in der freiwilligen Zusatzversicherung angeboten würden. Diesen Leistungsabbau bekämen vor allem finanziell schwächere Versicherungsnehmer zu spüren. Zudem ist der Anteil an Verwaltungskosten im Vergleich zu den gesamten Aufwendungen verschwindend klein. Für die Schweizer Demokraten (SD) stellen die demografische Entwicklung (immer mehr Pflegebedürftige) und die Bevölkerungszunahme die Hauptursachen des ungebremsten Prämienanstiegs dar. Mit einkommensabhängigen Gesundheitskosten wäre jedoch eine Drosselung möglich. Die SD haben zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

**Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten**

**Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident**